



## Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung nach § 24 Aufenthaltsgesetz (Ukraine)

### Angaben zur antragstellenden Person

Familiennamen		Vorname/n	
ggf. Geburtsnamen		Geburtsort	Geburtsdatum
<input type="checkbox"/> Ukrainisch <input type="checkbox"/> sonstige Staatsangehörigkeit		<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	

### Angaben zu Ihrem Ausweispapier (Bitte vorlegen!)

<input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> Personalausweis (Inlandsausweis) <input type="checkbox"/> Sonstiger Ausweis: Bitte genaue Bezeichnung angeben			
Ausweis-Nr.	gültig bis	ausgestellt am	ausgestellt von
Bemerkungen dazu (z.B. Verlängerung beantragt ...)			

Einreise ins Bundesgebiet am \_\_\_\_\_

### Ihre Anschrift

Straße   Hausnummer	
PLZ	Ort

### Ihre Kontaktpersonen (Adresse nur falls abweichend)

Familiennamen		Vorname/n	
Straße   Hausnummer			
PLZ	Ort		
Telefon		E-Mail	

### Aufenthaltsdauer

Beabsichtigte Gesamtdauer des Aufenthalts: _____ <input type="checkbox"/> maximale Dauer 1 Jahr
Jetzt beantragt für: _____ <input type="checkbox"/> Tage <input type="checkbox"/> Monate <input type="checkbox"/> Jahr

### Sicherung des Lebensunterhalts durch

<input type="checkbox"/> eigene Mittel: _____ (bitte Nachweise vorlegen) <input type="checkbox"/> Rente oder Pension
<input type="checkbox"/> Unterstützung durch Dritte _____ bitte nähere Angaben

**Krankenversicherung** (Nachweis erforderlich)

<input type="checkbox"/> keine <input type="checkbox"/> in Deutschland <input type="checkbox"/> im Ausland	Name der Versicherung
--	-----------------------

**Sonstige ergänzende Angaben:**

Ich /wir haben die beigefügte Erklärung zum Datenschutz zur Kenntnis genommen.

**Wichtig:**

Ich versichere, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Mir ist bekannt, dass die Benutzung unrichtiger oder unvollständiger Angaben bei der Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung strafbar ist und neben einem Strafverfahren zur Ausweisung und Abschiebung führen kann und bestätige:

Ich bin belehrt worden, das gem. § 55 Abs. 1 i.V.m. § 55 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG ein Ausländer/eine Ausländerin aus Deutschland ausgewiesen werden kann, wenn er/sie im Verfahren falsche Angaben zum Zwecke des Erhalts eines Aufenthaltstitels gemacht hat. Gleiches gilt für den Gebrauch ge- oder verfälschter Ausweispapiere, Finanzierungsnachweise oder sonst entscheidungserheblicher Unterlagen. In beiden Fällen ist auch der Versuch strafbar. (§ 95 Abs. 2 und 3 Aufenthaltsgesetz).

Der Antragsteller/die Antragstellerin ist verpflichtet, alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Bewusste Falschangaben können zur Folge haben, dass der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt wird bzw. der Antragsteller/die Antragstellerin aus Deutschland ausgewiesen wird.

Durch die nachfolgende Unterschrift des Antrags bestätigt der Antragsteller/die Antragstellerin, dass er/sie über die Rechtsfolgen falscher oder unrichtiger Angaben im Verfahren belehrt worden ist.

---

Ort | Datum

**Eigenhändige Unterschrift** (bei Minderjährigen Unterschriften beider Elternteile bzw. aller Sorgeberechtigten)